



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Öffentlichen Verkehr stärken statt Diesel-Skandal aussitzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. im Zuge der Fortschreibung der Energiestrategie sowie der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie und des Verkehrssicherheitskonzepts eine Gesamtkonzeption zur Entwicklung einer nachhaltigen Mobilität im Lande zu erarbeiten unter besonderer Berücksichtigung der Stärkung des Öffentlichen Verkehrs (ÖPNV) - dabei sind die verschiedenen Einzelmaßnahmen der Ressorts zusammenzuführen;
2. in der Verkehrspolitik des Landes eine klare Priorisierung des ÖPNV vorzunehmen, was eine bedarfsgerechte Finanzierung des ÖPNV durch Förderung von Investitionen für den Substanzerhalt sowie Erneuerungen der ÖPNV-Infrastruktur einschließt und eine bedarfsorientierte Anpassung von Förderrichtlinien des Landes für den Einsatz alternativer Antriebe im ÖPNV vorzunehmen;
3. beim Bund und der DB AG auf die Ausweitung der Elektrifizierung des Schienennetzes im Land hinzuwirken und Modellprojekte für alternative Antriebe im SPNV zu identifizieren;
4. die von der Landesregierung 2016 selbst proklamierte Vorreiterrolle für die Nutzung der E-Mobilität zu beleben mit der sukzessiven Umrüstung der Fahrzeugflotten der Landesverwaltung (sowohl für batterieelektrische Fahrzeuge, für Plug-in-Hybride und andere alternative Antriebe) zu beginnen bzw. fortzuführen und die Schaffung der notwendigen Infrastruktur an öffentlichen Gebäuden sicherzustellen;
5. statt Fahrpreiserhöhungen perspektivisch kostenfreie Schüler-, Azubi- sowie Sozialtickets zu finanzieren, um Mobilität und Gesundheit für alle Bewohnerinnen und Bewohner zu gewährleisten.

(Ausgegeben am 16.08.2017)

Begründung

„Mehr Mobilität mit weniger Verkehr“ betitelt 2010 das Umweltbundesamt (UBA) eine interessante Studie. Dabei bezog es sich auf die Nebenwirkungen der Auto-Nutzung bezüglich Gesundheit, Klima und Lebensqualität. Letztendlich gilt es, wie der VCD (Verkehrsclub Deutschland) sagt, den Verkehr an den Menschen anzupassen und nicht umgekehrt. Dass dies in den letzten Jahren versäumt wurde, zeigt aktuell der Dieselskandal um frisierte PKW-Abgaswerte. Mit dem sich verstärkenden Klimawandel hat die Suche nach alternativen klimafreundlichen Fahrzeugantrieben begonnen und besonders der E-Mobilität in den vergangenen Jahren zunehmende politische Aufmerksamkeit beschert. Der Boom der E-Mobilität auf der Straße begann mit den Elektrofahrrädern und erreicht langsam den Markt für PKW, Busse und LKW. China und die Europäische Union erwägen eine Mindestquote für Elektroautos ab 2025, Frankreich plant bis 2040 den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor für PKW. Die Probleme des Flächen-, Energie- und Ressourcenverbrauchs sowie der Verkehrssicherheit bleiben jedoch besonders im motorisierten Individualverkehr (MIV) auch bei alternativen Antriebsvarianten erhalten. Hier kann nur der bereits in großen Teilen elektrifizierte öffentliche Verkehr mit seinen Pro-Kopf-Kapazitäten Abhilfe schaffen, deshalb gilt es, ihn zu stärken, gerade auch aus sozialen Aspekten bezüglich einer Mobilität für alle als Daseinsvorsorge. Durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs kann der Bedarf an PKW deutlich reduziert werden. Die Verkehrspolitik des Landes braucht eine klare Priorisierung des Öffentlichen Verkehrs (ÖPNV). Als einen notwendigen ersten Schritt in diese Richtung betrachtet es die einbringende Fraktion, eine Landesstrategie zur nachhaltigen Mobilität zu erarbeiten unter besonderer Berücksichtigung der Stärkung des ÖPNV.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender